

Protokoll zur LAK am 10.11.2013

Anwesend: 46 Studierendenvertreter*innen, darunter das Präsidium (Sophia, PH Karlsruhe; Johannes, HdM Stuttgart; Jörg, HS Offenburg)
Protokollanten: Johannes Hentschel, Marc Callonnet

TOP 1: Begrüßung und Formalia

Das Präsidium begrüßt alle Anwesenden. Der Tagesordnungspunkt 5 (Bericht der Workshops) wird erst nach TOP 7 erscheinen.

TOP 2: Bericht des Präsidiums

Während der Debatte um die Musikhochschulen des Landes hat das LAK-Präsidium eng mit den Musik-ASten zusammengearbeitet und eine Solidaritätserklärung veröffentlicht. Es war außerdem bei der Anhörung im Stuttgarter Landtag anwesend, welche sie als Erfolg wertet. Darin bestärkt sie die anhaltend gute Presse.

Da auf die Stellungnahme der LAK zum Landespersonalvertretungsgesetz kaum Rückmeldungen eingegangen sind, ist diese erneut versendet worden.

Kürzlich hat es ein Treffen mit den Landesvorsitzen des RCDS und der Liberalen Hochschulgruppe gegeben: Sie wurden mit Informationen zum landesweiten Semesterticket versorgt.

Eine Zwischenbilanz zur Einführung der VS ist in Arbeit. Sie beruht auf den Rückmeldungen von sieben Hochschulen.

Zwei Hochschulen haben sich kritisch dazu geäußert, Politiker*innen zum informellen Gespräch mit der LAK einzuladen, wie es heute auf der Tagesordnung steht. Auch das Präsidium steht dieser Idee prinzipiell kritisch gegenüber; doch weil es um die Zukunft der Finanzierung der Hochschule sowie um die LHG-Novelle gehen wird, sei es gut, wenn die Politiker*innen nicht nur mit einer Stellungnahme, sondern auch mit der Reaktion des Plenums konfrontiert würde.

TOP 3: Rundgang der Hochschulen

Besonders Rückmeldungen zur Umsetzung des VerfStudG

HS Ravensburg-Weingarten: alles bestens, VS aber noch nicht konstituiert

PH Weingarten: vor 3 Wochen konstituiert, noch kein Haushaltsplan

HS Rottenburg: AStA gewählt; Problem sich intern zu strukturieren; geringes Interesse von Seiten der Studenten

EH Freiburg: Sonderstellung wegen kirchlicher Trägerschaft: keine VS, aber Studiengebühren. Dies ist ein Dauerthema.

Uni Freiburg: Probleme mit der Quote, da sich keine Frau für Vorstand findet; Streit mit Hochschulgruppen um Beitragshöhe

Caspar Heybl (für den fzs): sieht eine Mailingliste zur Einführung der VS vor und fordert dafür von jeder Hochschule eine*n Ansprechpartner*in an

MH Stuttgart: Größtes Thema sind die Sparmaßnahmen; VS noch nicht konstituiert; Wahlen Ende November

Uni Mannheim: Frage des landesweiten Semestertickets gerade aktuell: Frage der Vertragsverlängerung mit dem lokalen Verkehrsverbund; die Wahl zum ersten StuPa wurde verschoben, da 600 Erstsemester im Wähler*innenverzeichnis gefehlt haben; evtl. steht wegen Fehlen eines neuen Studiengangs bei der kürzlich durchgeführten Wahl sogar eine Neuwahl an.

HS Ulm: nicht zufrieden mit der Satzung, die von den vorigen vier AStA-Generationen erarbeitet worden ist; Probleme mit dem Studierendenrat; Personalprobleme

Schwäbisch-Gmünd PH: fast konstituiert; ansonsten keine Probleme

PH Ludwigsburg: im Juli konstituiert

PH Karlsruhe: vier von fünf Organen konstituiert. Ursprünglich sollte die VS den Hochschulsport selbst organisieren. Jetzt wird stattdessen an einem Kooperationsvertrag mit der Hochschule gearbeitet.

PH Heidelberg: seit drei Wochen konstituiert; es sind Workshops für Studierende zur Einführung geplant

Uni Stuttgart: Semesterticket bestimmendes Thema; VS funktionsfähig; Haushaltsplan erstellt

Uni Hohenheim: vor drei Wochen konstituiert; Beitragsordnung noch in der Mache

MH Freiburg: Ausbeutungssituation der Lehrbeauftragten; Strukturreform der MHs

DHBW: konstituierende Sitzung am 7.12.

PH Freiburg: konstituiert; Semesterticket ist aktuelles Thema

HdM Stuttgart: konstituiert; Geschäftsordnung fehlt noch

MH Mannheim: noch nicht konstituiert

TOP 4: Bericht der Arbeitskreise

Landesweites Semesterticket

Zuerst hatte es einen Austausch im Workshop gegeben, zu dem auch ein Gast aus NRW eingeladen wurde (dort gibt es bereits ein landesweites Semesterticket). 17 Hochschulen hatten Interesse für das Thema gezeigt, durch die 56% der baden-württembergischen Studierenden vertreten waren.

Die Sachdiskussion wird mit NVBW (verbundsübergreifende Koordination, 3-Löwentakt), dem Verkehrsministerium, den Verkehrsverbänden VVS, KVV, Rhein-Neckarkreis und der DB Regio (Interverbundverkehr) geführt.

In Baden-Württemberg hat die Mehrzahl der Studierenden ein Semesterticket. Im vorherrschenden Zweikomponentenmodell haben sie dafür im Zuge ihres Semesterbeitrags den sog. Solidarbeitrag bezahlt und den Restbetrag im Zuge der Entscheidung für das Ticket. Für ein landesweites Ticket muss der Betrag auf möglichst viele Köpfe verteilt werden. Er würde sich laut dem aktuellen Vorschlag wiederum aus zwei Komponenten zusammensetzen: Zum einen aus einem von allen Studierenden zu tragenden Betrag für das Studierendenticket, das innerhalb des jeweiligen Verkehrsverbands gilt und zum anderen aus einem landesweit einheitlichen freiwilligen Betrag, der zur landesweiten Nutzung des ÖPNV berechtigt.

Im Moment befindet man sich noch nicht Verhandlungen, sondern führt eher eine Machbarkeitsstudie durch. Dafür wurden von den Verkehrsverbänden Aufstellungen angefordert, in denen die aktuellen Kosten fürs lokale Semesterticket in einen Pauschalbetrag umgerechnet werden.

Dass der Preis des landesweiten Ticket an verschiedenen Orten variieren würde, lässt sich damit rechtfertigen, dass sich auch die tatsächliche Nutzung der Verkehrsmittel jeweils unterscheidet.

Das Präsidium fordert die Konferenz auf, Umfragen unter den Studierenden durchzuführen, um in Erfahrung zu bringen, wie viel diese bereit wären, für ein landesweites Semesterticket zu zahlen.

Das nächste Diskusstreffen erfolgt im März 2014. Bis dahin werden die eingeforderten Zahlen vorliegen.

AK Lehramt

Aus diesem Arbeitskreis ist niemand anwesend. Seine Pressemeldung ist verschickt worden, aber nicht auf Resonanz gestoßen.

TOP 6: Musikhochschulen

Nach wie vor liegt das Protokoll von der Anhörung in Stuttgart nicht vor. Das Präsidium wird nachhaken.

Der allgemeine Stand der Debatte ist der, dass auf Grundlage der vom Rechnungshof vorgelegten Zahlen weder Einsparungen noch eine Strukturreform durchgeführt werden

können. Das liegt einerseits am von der Landesrektorenkonferenz so getauften „Holzhammer-Benchmarking“, bei dem der Gesamtetat einer Hochschule durch die Anzahl ihrer Studierenden geteilt wird; dabei wird weder zwischen unterschiedlich teuren Studiengängen differenziert, noch werden unterschiedliche Staffellungen der Personalkosten einbezogen. Andererseits liegt es daran, dass manche Zahlen offenkundig geschönt oder falsch sind. Von studentischer Seite geht momentan nicht viel aus und es herrscht allgemein der Eindruck, man könne nicht viel machen. Die Musikasten wollen jedoch nicht untätig bleiben. Sie führen am kommenden Donnerstag eine Skypekonferenz durch. Der AStA der MH Freiburg plant zudem, noch Ende des Monats eine weitere MuLAK einzuberufen. Ziel soll es sein, über eine Strukturreform zu reflektieren, die auch bei ausbleibenden Sparmaßnahmen nötig ist, um die internationale Konkurrenzfähigkeit der Musikhochschulen zu wahren. Auf die Frage, wie die Rektor*innen der vertretenen MHs sich zu dem auf der letzten MuLAK verabschiedeten Perspektivenpapier geäußert haben ergibt sich, dass es von diesen zum Teil oder ganz mitgetragen wird. Einhelliger Standpunkt ist: Strukturreform statt Rasenmäherprinzip.

TOP 7: Sonstiges

Das Präsidium freut sich über jede*n, der*die mitarbeiten möchte. In Frage kommt jede*r immatrikulierte Studierende. Vorstellbar ist auch eine Schnupperphase, während der unverbindlich an Skypekonferenzen und Terminen teilgenommen werden kann. Sophia möchte im Februar aussteigen, bis dahin muss sich wenigstens eine neue Person fürs Präsidium finden.

Der AStA der Uni Freiburg bittet darum, verabschiedete Satzungen an buecherfresserin@gmail.com zu senden, um bei seinen Konflikten eine breitere Diskussionsgrundlage zu haben.

Es wird darum gebeten, später im Gespräch mit dem Abgeordneten Salomon das Problem anzusprechen, dass Architekturstudierende mindestens acht Semester studieren müssen, um einen berufsqualifizierenden Abschluss zu erlangen, der Bachelor jedoch auf ausnahmslos sechs Semester beschränkt werden soll.

Der fzs bietet am kommenden Wochenende ein Seminar zu Studienqualität an. Er widmet sich zudem dem Thema Wohnungsnot und unterhält eine BAföG-Kampagne. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 13.-15. Dezember in Regensburg statt. Es gilt das dauernde Angebot der Vorstandsmitglieder, interessierte ASten in ihren Hochschulen zu besuchen und den fzs zu bewerben. Es wird angemerkt, dass eine neue VS nicht automatisch Mitglied bleibt, sondern sich als solche neu anmelden muss.

Es taucht die Frage auf, ob die Aufwandsentschädigung für AStA-Referent*innen 60€ nicht überschreiten darf, um noch als solche zu gelten; da die Tätigkeit bei höherer Entlohnung nicht als ehrenamtlich gelten würde und als Minijob angemeldet werden müsste. Ein Lösungsvorschlag lautet, die Referent*innen von der Uni formal als studentische Hilfskräfte einstellen zu lassen und sie dann „auszuleihen“. In anderen Bundesländern beziehen AStA-Mitglieder zum Teil Entschädigungen in Höhe des BAföG-Höchstsatzes, wobei die Finanzämter anscheinend beide Augen zu drücken. Das VerfStudG spricht allerdings von einer Aufwandsentschädigung, die der Tätigkeit angemessen ist, was bei entsprechender Auslegung auch höhere Aufwandsentschädigungen rechtfertigen könnte.

TOP 5: Berichte der Workshops

WS Prüfungsordnungen und Zulassungssatzungen

Vor einem Jahr gab es ein Treffen mit der Ministerin bzgl. ungerechter Zulassungssatzungen und massiver Unterschiede zwischen einzelnen Studiengängen, z.B. was Freischussregelungen angeht. Vor der Sommerpause wurden Beispiele solcher widersprüchlicher Ordnungen eingereicht, woraufhin vom Ministerium die Reaktion in Form einer Anfrage nach einer Ausarbeitung erfolgte. Es liegen bereits Berichte von vier Hochschulen vor. Das Präsidium schlägt vor, etwas vorzuformulieren und dies dann über den Verteiler den VSen zur Bearbeitung und Zustimmung zuzuschicken, sodass der Text Mitte Dezember ans MWK geschickt werden kann. Der entsprechende Antrag wird mit (0/1/19) angenommen.

WS Erfahrungen mit der VS (ausführliche Informationen im Protokoll des WS)

Personal: Wie stellt man jemanden ein?

Darf VS Konten verwalten? Ja, nämlich durch ihre Vertretungsberechtigten. Wie weist man sich als solche*r aus? Entweder durch eine Bescheinigung vom Rektorat oder einfach durch Vorlage des entsprechenden Protokolls. Nicht nur der Vorstand sollte aufs Konto zugreifen können, sondern auch die fest Angestellten; besonders für die Zeiten, in denen es keinen Vorstand gibt. Eine VS kann keine Kreditkarte führen.

Zweckgebundene Mittel dürfen nicht für Essen/Verpflegung eingesetzt werden.

Steuern: Bis zu 35.000€ Einnahmen bleiben für die VS steuerfrei.

Antragskette für Ausgaben: Antrag → Beschluss → Genehmigung durch die Verwaltung nach sachlicher & rechnerischer Prüfung

Haushaltsführung: Es dürfte eine gute Idee sein, sich zwischen Studierendenparlamenten zusammenzuschließen und sich eine*n Haushaltsbeauftragte*n zu teilen.

Die Uni hat die Rechtsaufsicht. Frage: Gibt es nicht-öffentliche Tagesordnungspunkte?

Lösung: Zwei Protokolle, eins offiziell mit dem Wichtigsten und eins inoffiziell und ausführlich.

Wie vermeidet man, dass etwas an einer Stelle genehmigt wird und an anderer Stelle nicht?

Schriftliche Stellungnahmen anfordern!

Datenschutzbeauftragte*r, Brandschutzbeauftragte*r, etc.: Es muss unbedingt abgeklärt werden, was wirklich vonnöten ist und was nicht.

Es ist immer eine gute Idee, Justizariate verschiedener Hochschulen gegeneinander auszuspielen.

Der fzs und das Präsidium werden einen Workshop zum Haushaltsführung organisieren.

Zirkelschlussproblem: Zum Einzug von Beiträgen braucht es einen Haushalt, wofür es eine*n Haushaltsbeauftragte*n braucht, welche*r durch die Beiträge bezahlt wird, die erst eingezogen werden müssen. Im Idealfall gäbe es eine*n landesweiten Haushaltsbeauftragte*n, den sich die VSen ausleihen könnten.

Die Hochschule muss die Arbeit der VS ermöglichen, auch wenn diese noch keine Beiträge einziehen lässt. Folglich ist die Hochschule verpflichtet, die VS zu finanzieren, nämlich in gehabter Höhe.

WS LHG-Novelle

Jörg: LHG wurde 2005 das letzte Mal überarbeitet. Grün-Rot hat Reform vereinbart.

Gesetzesentwurf liegt schon seit letzter LAK vor. Wir konnten deshalb schnell reagieren. Bis 28.11. können wir eine ausführliche Stellungnahme einreichen.

Rektorenkonferenzen hatten bereits Gespräche mit der Ministerin. Wir haben noch keinen Termin bekommen. Wir werden nachfragen, ob wir einen gesonderten Termin bekommen können. Es gibt noch ein paar Punkte, zu der wir keine Position besprochen haben. Ziel: Fertigstellung und Einreichung der Stellungnahme beim MWK.

Noah: Workshop hat von 11:30 durch die Nacht bis jetzt durchgearbeitet. Ausführliche Stellungnahme ist auch schon verfasst. Das gesamte Gesetz wurde durchgearbeitet. Die Meinungen, die während des Workshops gebildet wurden, sind im Konsens entstanden. In 2 ½ Wochen endet die Anhörungsphase. Wir müssen auf einen gemeinsamen Nenner kommen bzgl. unserer Position.

Noah stellt vor:

§4: Gleichstellungsbeauftragte → Chancengleichheitsbeauftragte

Sollen nur Frauen Gleichstellungsbeauftragte werden können?

Soll die Chancengleichheitsbeauftragte immer eine Frau sein?

Soll die Umbenennung rückgängig gemacht werden?

Antrag: Gegen Umbenennung, bisherige Regelung soll beibehalten werden + ergänzend weitere Beauftragte sollen gesetzlich vorgeschrieben werden (das ist die ursprüngliche Position der LAK).

Abstimmung: Einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen.

*§10 Absatz I, Zuordnung von Promovierenden: Promovierende mit über 50% Stelle sind Mitarbeiter*innen. Sonst Studierende.*

Problem bei Zuordnung zu Nicht-Studierenden: Nicht in der VS und kein Recht auf entsprechende Angebote, Hochschulsport?, Semesterticket? Menschen zahlen u. U. keine Beiträge und ihnen werden trotzdem Leistungen zur Verfügung gestellt.

Abstimmung: Promovierende in eine Statusgruppe?

Ja: 6, Nein: 4, Enthaltungen: 11 → Ergebnis: Promovierende in eine Statusgruppe

Promovierende = akademische Mitarbeiter, = Studis, = eigene Statusgruppe, Enthaltungen

Abstimmung: 3, 4, 2, 12 → Ergebnis: Promovierende = Studierende

*§19 I Nr. 6: Wollen wir, dass der Senat bei Funktionsbeschreibungen von Stellen für Hochschullehrer*innen zustimmen muss?*

Abstimmung wird verschoben. Spätere Abstimmung ergibt: Ja 13, Nein 3, Enthaltungen 3 → Ergebnis: Ja

§19 II: Wollen wir, dass die Mitgliederzahl im Senat beschränkt werden soll?

Abstimmung: Ja 11, Nein 0, Enthaltungen 10 → Ergebnis: Ja

Wahlrecht für Studierende an zwei Fakultäten: Wollen wir, dass Studierende, die an zwei Fakultäten eingeschrieben sind, doppeltes Wahlrecht bekommen (ja/nein), oder, dass das in der Grundordnung der jwlg. Uni/Hochschule geregelt wird?

Abstimmung: Ja 2, Nein 6, Regelung in der jeweiligen Grundordnung 12, Enthaltung 1 → Ergebnis: Regelung in der jeweiligen Grundordnung

Wollen wir, dass das MWK Studiengänge nach den gleichen Kriterien aufheben kann, nach denen es die Zulassung verweigern kann?

Ja 6, Nein 8, Enthaltung 7 → Ergebnis: Nein

Masterzugang § 59 I: Wollen wir Einschränkungen für Masterzulassungssatzungen?

Abstimmung verlegt.

Stimmungsbild: ausgeglichen zwischen Ja/Nein/Enthaltung

Einschreiben in mehrere NC-Studiengänge § 60 I: Soll es zulässig sein, sich in mehrere NC-Studiengänge einzuschreiben?

Abstimmung: Ja 12, Nein 3, Enthaltung 5 → Ergebnis: Ja

Kampagne

Wir können das LHG noch verändern! Bewerbungsgebühren vermutlich vom Tisch. Am 28.11. endet die Anhörungsphase. Web, Presse, Beteiligungsplattformen, Landtagsabgeordnete

Potentielle Bündnispartner: Gewerkschaften, Betroffenengruppen (Philologenverband), Studis → Soll dienen zum: Info- & Zitataustausch

Kampagnenthemen: Verfasste Landesstudierendenvertretung einführen, garantierter Übergang in den Master für Lehramt, Drittmittelannahme im Benehmen mit der Vertrauenskommission (Gruppenveto in Gremien, Abschaffung von 5 Jahren Regelstudienzeit: weniger realistisch).

Regelstudienzeit: große Diskussion. Vorschlag aus Heidelberg: 8 Semester Bachelor + 2

Semester Master. Wir haben die Möglichkeit, jetzt ein innovativeres Konzept zu schaffen.

Überlegung: Welche Kampagnenthemen wollen wir als realistische Forderungen einbringen?

Heidelberg: Masterplätze für Lehrämter*innen jetzt schon zu fordern, ist sinnvoll.

Wir stimmen über die besonders relevanten Themen ab, die im Zuge der Kampagne beworben werden sollen:

Abstimmung: 3 Stimmen pro Hochschule:

Verfasste Landesstudierendenvertretung: 20 Stimmen

Masterplätze für Lehrämter*innen: 11 Stimmen

Drittmittelannahme im Benehmen mit der Vertrauenskommission: 9 Stimmen

Gruppenveto in Gremien: 2 Stimmen

Abschaffung von 5 Jahren Regelstudienzeit: 16 Stimmen

Optionen 1, 2 und 5 werden beworben.

EH Freiburg verlässt die Sitzung.

Morgen per Mail: Zeitplan Anrufe, Vorgehen bei Kampagne

Es funktioniert, wenn sich alle einsetzen!

TOP 8: Besuch von Alexander Salomon, MdL

Alex Salomon MdL trifft ein. Kurze Begrüßung von Jörg. Es werden Fragen an Alex Salomon gestellt.

Noah: Keine Abschaffung der Regelstudienzeit, warum nicht? Salomon: Flexibilität gewährleistet für unter 10 Semestern (Aufteilung). Länger u. A. auch Problem wegen Auslandsaufenthalten

Frage: Solidaripaktverhandlungen? MuHos haben stark Plätze aufgebaut in den letzten Jahren. Am Solidaripakt muss noch was gedreht werden.

Caspar: Bologna – ist die 5-Jahres-Grenze wirklich so festgesetzt wie behauptet? Europäischer Standard? In Niedersachsen: Lockerung? Alex Salomon: 5 Jahre sind eine gute Obergrenze.

Jörg: Proteste gegen Gebühren wurden erhört? Alex Salomon: An der Regelung „können Gebühren erhoben werden“ ändern sich nichts. Sprache/EDV bleibt bei Wahlrecht. SWR-Bericht war sehr einflussreich. Gebühren wurden seit 2005 nicht mehr erhöht, führen aber zu Kosten, die nicht ganz unbeachtet bleiben dürfen. Gasthörer*innen werden nicht rausgenommen werden. Sprachtests TOEFL – teuer: darüber sollten wir uns aufregen.

Noah: Mögliche Gebühren werden verdoppelt! Es ist gut, dass mehr beruflich Qualifizierte an die Hochschulen kommen sollen. Alex Salomon: Gebühren müssen nach Aufwand erhoben werden. Erhöhung um 100% macht keinen Sinn, „das kann man niemandem erzählen“

Jörg: Bildungstrichter. Förderung von sozial Benachteiligten war im Koalitionsvertrag angedacht. Z.B. keine Beglaubigung von Zeugnissen bei Bewerbung. Auch: Einsetzen für BaföG-Erhöhung, Anpassung der Sätze. In BaWü nicht mal inflationsbereinigt. Alex Salomon: Es gibt Initiative: Bewerbung online über einheitliches Portal an mehreren Hochschulen. Scheitert allerdings an Hochschulen wegen Uneinheitlichkeit. Landesregierung hat für solche Initiativen keine Mehrheit im Bundesrat.

Jörg: Zusätzliche Förderung: „BaföG“-BaWü? Alex Salomon: Wir haben Kostensorgen, im Solidaripakt bleibt nicht so viel Geld übrig, wie wir erhofft hatten. Bildung ist wichtig, aber im Landeshaushalt ist einfach kein Geld da.

Noah: Verfasste Landesstudierendenvertretung, wie sieht's aus? Jörg: LaStuVe darf keinen e. V. gründen, Hochschulrektorenkonferenzen haben e. V.s gegründet, obwohl sie es nicht dürfen und haben eine Sondergenehmigung bekommen. Für uns ist sowas nicht vorgesehen, warum nicht? Kein Rechtsgutachten, keine Demos anmelden,... Alex Salomon: HRK hat gar nicht so viel Macht und macht auch nicht so viel. Prinzipiell aber eher positiv gegenüber verfasster Landesstudierendenvertretung. Außerdem: es dauert sehr lange, bis das Gesetz durch wäre.

Frage: Teilen von Haushaltsbeauftragter*m schwierig wegen Finanzierung, müssen JETZT bezahlen. Alex Salomon: Wenn es eine Änderung gibt, wird das Mitte September signalisiert. Haushaltsbeauftragte*n nicht so verstehen, dass er „jede Rechnung angucken soll“.

Haushaltsbeauftragte*r ist nicht bessere*r Finanzer*in der VS.

Michael: Landesweites Semesterticket? Alex Salomon: Vom MVI Zahlen bekommen, Rücksprache im Ministerium, sehr komplexer Prozess, rauszufinden, wie die Kostenstruktur aufgebaut ist bei den Verkehrsverbänden. → Informationsbeschaffung läuft. Langwieriger Prozess. „Vor 2016 werden wir es eh nicht bekommen“.

Jörg: Anfrage: Ist es möglich, im Rahmen der Studierendenschaft Verpflegung bereit zu stellen? In der Verwaltungsvorschrift zur Landeshaushaltsordnung: Man soll keine Verpflegung zur Verfügung stellen? Salomon: Festlegen von Tagessätzen ist möglich. Essen bereit stellen bei z. B. LAK/größeren Veranstaltungen sollte aber eigentlich kein Problem sein. DHBW: Große Versammlungen, zwei Tage, viele Studis, wie machen wir das? Salomon: Trick: Tagessätze. Dann so tun, als ob für das Essen bezahlt wird und mit dem Tagessatz verrechnen. Sonst: Haushälter*innen der Hochschule fragen

Noah: Gruppenveto in Rhf.Pfalz – kommt das hier auch? Salomon: wird nicht kommen. Weist auf bisheriges Nichtzustandekommen solcher Vetos hin.

Jörg: Personal. Salomon: „Wir können froh sein, wenn der Status Quo erhalten bleibt“ Fragt nach Schließung der Finanzierungslücke und weist auf fehlende Finanzierung der HS hin, da QSM 2015 evtl. auslaufen

Salomon: Land geht bereits Investitionsstau an, investiert allein letztes Jahr 500 Mio €. Da Stau gewaltig ist, geht Aufarbeitung nur langsam voran. Erzählt was von geplatzten Leitungen in Krankenhäusern. Kann keine Horrorszenarien liefern, verweist auf Leistung der aktuellen Regierung. QSM und Lehre sind immer prinzipiell gefährdet => Status Quo wäre gut. Mehr Geld für Hochschulen ist unwahrscheinlich. Hochschulfinanzierung gerade in Bereich Forschung (z. B. Fraunhofer) wurde ausgebaut. Angst vor Drittmitteln macht Finanzierung schwierig.

Marc: Warum ist das Geld nicht da? Geld wird für weniger wichtige Dinge ausgegeben. Ausgabensteigerung nicht den steigenden Studizahlen angemessen. Salomon: Ausgeben von Geld auch langfristige Entscheidung, die verantwortungsvoll getroffen werden muss. Land hat bereits 160 Mio. für Wegfall der Studiengebühren locker gemacht. Landeshaushalt oft nicht frei in der Entscheidung. Schuldenbremse muss eingehalten werden, Fraktion streitet sich bereits über 100.000€ stundenlang. Andere Bereiche wollen auch Geld.

Noah: lobt geplante Drittmitteltransparenz, fragt nach erweiterten Kompetenzen für Vertrauenskommission (analog zu Workshop-Forderung). Salomon: SPD ist schuld. Aufwand und Nutzen stehen nicht im Verhältnis, Abgeordneter bekommt auch keine Auskunft. Transparenz soll öffentlich sein. Fordert Ethikkommissionen mit mehr Kompetenzen, die aber auch auf Widerstand enormen Ausmaßes treffen.

Benjamin: Schwarz-Stiftung baut Gebäude für 35 Mio €. Akademisierung der Gesundheitsfachberufe. Salomon: Muss geschehen, Botschaft ist angekommen, Wille für flächendeckende Einrichtung fehlt. Kein Sachstand kommunizierbar, Ende des Jahres nochmal melden. Öffentliche Hand finanziell generell zu schlecht ausgestattet. Kritisiert Stiftungsbauten als Einflussnahme.

Maxi: 2015 QSM-Mittel, 2016 Landesticket? Prioritäten richtig gesetzt? Salomon: Unterschiedliche Haushalte, kann man recht getrennt sehen.

Salomon: Mal öfters beim Ministerium anrufen, kennen Probleme vor Ort oft nicht.

Die nächste LAK findet am 12. Januar 2014 am KIT (Karlsruhe) statt. Es wird keine Workshops geben.